

WEITERSTADT AKTUELL

Februar 2025

Inhalt

- Erst Bauch, dann Kopf? Warum das ungut enden kann!..... 1
- Andreas Larem steht für Stabilität und Verlässlichkeit..... 2
- Rund 100 Gäste bei "Wo drückt der Schuh"..... 3
- Ralf Möller zum Bürgermeisterkandidaten der SPD nominiert..... 3
- Wie die Merz-CDU Wähler für dumm verkaufen will..... 4
- Grundsteuerreform sorgt für Frust und Freude..... 4

Impressum

V.i.S.d.P: SPD Ortsverein Weiterstadt,
Alexander Koch, Bahnhofstraße 10,
64331 Weiterstadt, Auflage: 12.500 Stück
Redaktion: Benjamin Gürkan, Alexander Koch

Mehr für unsere Stadt mit der SPD

Andreas Larem kandidiert erneut für den Bundestag



Andreas Larem

Am 23. Februar wird ein neuer Bundestag gewählt. Der direkt gewählte SPD-Bundestagsabgeordnete Andreas Larem tritt erneut zur Wahl an. Mit seiner Erfahrung aus den letzten drei Jahren und als langjähriger Kommunalpolitiker und Bürgermeister von Messel kennt er die Herausforderungen und Anliegen genau. So konnte er in der vergangenen Wahlperiode einiges für den Wahlkreis und Weiterstadt bewegen. Besonders hervorzuheben sind über 53 Millionen Euro an Fördergeldern, die seit seiner Wahl in den Bundestag nach Darmstadt und den Landkreis Darmstadt-Dieburg geflossen sind. Seine erneute Kandidatur steht für Stabilität und Verlässlichkeit in Zeiten des Wandels, insbesondere bei Themen wie einem starken Sozialstaat, Wohlstand und eine lebenswerte Zukunft, Digitalisierung, Klimaschutz und gesellschaftlichem Wandel.

Mehr dazu auf Seite 2.

Quiz - Abend mit Andreas Larem

MI 19. Februar | 19.30 Uhr | Aulenberg Weiterstadt

Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, an unserem Quiz-Abend teilzunehmen. Testen Sie Ihr Wissen über den Deutschen Bundestag. Nach dem Quiz steht Ihnen Andreas Larem für Fragen, Anregungen und Anliegen gern zur Verfügung.

Erst Bauch, dann Kopf? Warum das ungut enden kann!

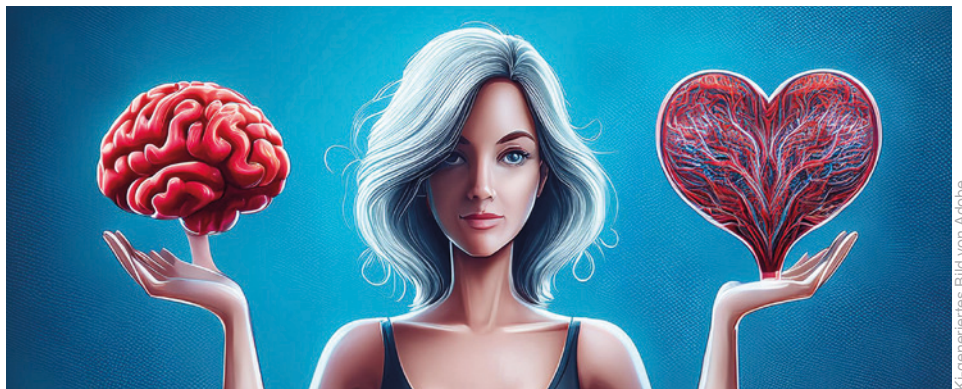
Wer aus Frust gegen die eigenen Interessen wählt, schadet vor allem sich selbst

Erst der Bauch, dann der Kopf. Was bei intuitiven Entscheidungen oft gut und richtig ist, kann im politischen Sinne leider schlecht enden. Vor allem Menschen mit geringeren Einkommen sollten sich genau überlegen, wem sie ihre Stimme geben und den Parolenschreibern nicht auf den Leim gehen.

Denn flotte Sprüche auf Plakaten oder Hetze im Internet bringen keinen Cent mehr in den Geldbeutel oder schaffen zusätzliche Arbeitsplätze - im Gegenteil. Wissenschaftler haben die Wahlprogramme der Parteien genau unter die Lupe genommen und ausgerechnet, welche Einkommensgruppen am meisten profitieren.

AfD, CDU und FDP entlasten vor allem Gutverdiener

Während SPD, Linke, BSW und Grüne kleine und mittlere Einkommen entlasten wollen, bevorzugen die Reformpläne von Union, FDP und AfD vor allem Spitzenverdiener. Beispielweise wäre ein Ehe-



KI-generiertes Bild von Adobe

paar mit zwei Kindern und einem Einkommen von rund 40.000 Euro brutto mit dem Programm der SPD besser gestellt als mit dem Programm von FDP oder AfD.

Geringe und mittlere Einkommen kurbeln die Wirtschaft an

Die sogenannte Trickle-Down-Ökonomie, nach der angeblich auch etwas bei den unteren und mittleren Einkommen ankommt, wenn man nur die hohen Einkommen genug entlastet, ist längst widerlegt und ein Konzept von vorgestern.

Geringe und mittlere Einkommen müssen jetzt entlastet werden, weil genau diese Haushalte durch Konsum die Konjunktur im Land ankurbeln, indem sie z.B. eine neue Waschmaschine oder ein neues Auto kaufen oder einfach Urlaub an der Nordsee machen. Mit Steuererleichterungen und weiteren Maßnahmen möchte die SPD die Wirtschaft ankurbeln und gleichzeitig in Innovation, Technik und Bildung investieren. Denn sinnvolle Zukunftsinvestitionen sind immer noch das beste Konjunkturprogramm.

Andreas Larem steht für Stabilität und Verlässlichkeit

Der SPD-Bundestagsabgeordnete möchte seine erfolgreiche Arbeit für Weiterstadt in Berlin fortsetzen



Andreas Larem: Kurz & Knapp

Andreas Larem wurde 1964 in Dieburg geboren und ist in einer Arbeiterfamilie in Eppertshausen aufgewachsen. Andreas Larem und seine Frau haben zwei erwachsene Kinder. Neben Sport und Chorgesang zählt Städteurlaub zu seinen Hobbys.

- » **Abitur, kaufmännische Ausbildung und Geschäftsführer in verschiedenen nationalen und internationalen Unternehmen**
- » **Viele Jahre Gemeindevertreter für die SPD in Eppertshausen**
- » **Von 2010 - 2021 Bürgermeister der Gemeinde Messel**
- » **Seit 2021 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter**
- » **Mitglied im Auswärtigen Ausschuss**
- » **Stellvertretender Vorsitzender im Unterausschuss Vereinte Nationen**

Seit 2021 setzt sich Andreas Larem bereits für die Anliegen, Interessen und Bedürfnisse der Weiterstädterinnen und Weiterstädter ein. Hieran will er anknüpfen und kandidiert für eine zweite Amtszeit. Als langjähriger Kommunalpolitiker und Bürgermeister von Messel kennt er die Themen, Sorgen und Nöte der Menschen ganz genau. Er sagt: "Wer durch die manchmal raue Schule der Kommunalpolitik gegangen ist, hat viel dazugelernt und das Rüstzeug erhalten, das notwendig ist, um Politik zu verstehen und zu gestalten. So entwickelt man eine besondere Sensibilität und Wachsamkeit, weil man in der Kommunalpolitik nicht abtauchen kann. Hier wird dein Handeln hinterfragt und genau beobachtet. Ich weiß, was es bedeutet, an der untersten politischen Ebene im Bereich der Kommunalpolitik mitzuarbeiten. Vor Ort Entscheidungen zu treffen und für die Bürger da zu sein."

In den zehn Gemeinden sowie fünf Städten des Wahlkreises, darunter Weiterstadt, konnte in den zurückliegenden fast dreieinhalb Jahren einiges umgesetzt und erreicht werden. Mehr als 53 Millionen Euro Fördergelder vom Bund haben Darmstadt und der Landkreis Darmstadt-Dieburg insgesamt erhalten, seitdem Andreas Larem für uns im Bundestag sitzt. Seine erneute Kandidatur bedeutet Sta-

bilität und Verlässlichkeit in schwierigen Zeiten. Ob Digitalisierung, der zur Bewältigung des Klimawandels nötige Umbau unserer Wirtschaft oder gesellschaftliche Entwicklungen als Folge von Migrationsbewegungen: Unser Leben verändert sich gerade in vielerlei Bereichen. Da ist es gut zu wissen, dass es jemanden gibt, der Erfahrung und Kompetenz mitbringt. Dafür steht Andreas Larem:

Einen starken Sozialstaat

Unser Staat muss soziale Sicherheit und Gerechtigkeit gewährleisten. Er muss Halt geben, insbesondere denjenigen, die Unterstützung benötigen. Ein starker Sozialstaat, der sich an den Bedürfnissen und Lebenslagen der Menschen orientiert und da ist, wenn man ihn braucht. Von einem funktionierenden Kranken- und Gesundheitssystem und einer stabilen Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung bis hin zu einem bezahlbaren Zuhause.

Wohlstand & eine lebenswerte Zukunft

Andreas Larem setzt sich für Entlastungen der Arbeitnehmer, gute Arbeitsbedingungen und höhere Löhne sowie mehr Tempo für eine gleichstellungsorientierte Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Deutschland muss wieder wettbewerbsfähig werden. Neben Innovationen brauchen wir dringend Investitionen in Infra-

struktur, Bildung und Erziehung sowie Wohnen und eine nachhaltige Zukunft. Maßnahmen für den Klimaschutz müssen für alle bezahlbar sein. Durch eine aktive Förderung der Regionen im Wandel und eine verlässliche Altschuldenentlastung muss die Politik den Kommunen noch stärker unter die Arme greifen.

Zusammenhalt & Demokratie

Andreas Larem steht für eine Gesellschaft des Miteinanders, die in der Verschiedenheit der Menschen einen Gewinn erkennt. Er tritt ein für eine Gesellschaft des Miteinanders, die jeder und jedem mit Respekt begegnet, individuelle Bedürfnisse und Sorgen ernst nimmt und in welcher man gemeinsam nach Lösungen sucht. Für Gemeinschaft – gegen Diskriminierung, Hetze und Ausgrenzung.

Frieden & Sicherheit

Der brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geht nun bald in sein drittes Jahr. Sorgen vor einer weitreichenden Eskalation des Krieges sind berechtigt. Neben der fortgesetzten Solidarität und Unterstützung Deutschlands mit der Ukraine meint eine umsichtige Politik die Versicherung, dass es keine unmittelbare Kriegsbeteiligung Deutschlands und der NATO geben wird. Entscheidungen werden weiterhin in enger Abstimmung mit unseren Verbündeten erfolgen.

Rund 100 Gäste bei "Wo drückt der Schuh"

Positives Fazit zur Eventreihe - Online-Abstimmung ist noch bis 10. Februar möglich



Die SPD-Fraktion Weiterstadt zieht ein positives Fazit zur Veranstaltungsreihe "Wo drückt der Schuh". Die Sozialdemokraten im Weiterstädter Stadtparlament hatten Ende des Jahres 2024 in jeden Stadtteil zu Diskussionsrunden eingeladen. In Summe sind rund 100 Gäste der Einladung gefolgt und haben ihre Ideen, Anregungen und auch Kritik mitgeteilt.

"Auch wenn unser Fokus auf der schwierigen Haushaltssituation lag, ist ein bunter Blumenstrauss an Themen von den Bürgerinnen und Bürgern angesprochen worden. Es gab viele Fragen, kritische Rückmel-

dungen, teilweise hitzige Diskussionen und auch Lob, z.B. für die gute Infrastruktur mit vielen Kitas, einem Hallenbad und unseren Bürgerhäusern", fasst SPD-Fraktionsvorsitzender Lukas Harnischfeger die Abende zusammen. Nach einem kurzen Vortrag zum Thema Haushalt und der aktuellen Lage der städtischen Finanzen folgte eine Frage- und Antwortrunde, bei der viele Themen zur Sprache kamen, wie beispielsweise die Themen Straßenverkehr, Gewerbegebiete, Straßenbeitragsatzung, Kinderbetreuung, Sauberkeit und Ordnung, öffentliche Parkplätze,

die Ausbaupläne der Deutschen Bahn, Vereinsförderung, Schaffung von Wohnraum, Baustellenmanagement, Umbau der Feuerwehr Weiterstadt, Bürgerhäuser und einige mehr.

Bürgermeister Ralf Möller war ebenfalls regelmäßig dabei und lieferte Zahlen, Daten und wertvolle Hintergrundinformationen zu zahlreichen Themen. Auch er zieht eine positive Bilanz zu den Veranstaltungen: "Ich fand es sehr spannend, dass ein anderes Publikum als bei städtischen Veranstaltungen oder Bürgerversammlungen anwesend war und somit die Fragen und Diskussionen durchaus andere waren". Die SPD in Weiterstadt plant, solche Veranstaltungsformate auch in Zukunft wieder durchzuführen.

Zum Abschluss der Veranstaltungsreihe "Wo drückt der Schuh" können alle Bürgerinnen und Bürger bis 10. Februar mittels Online-Umfrage ihre Meinung zu Weiterstädter Themen und Politik abgeben. Der Fragebogen ist unter www.spd-weiterstadt.de/umfrage2025/ abrufbar.

Ralf Möller: Viel erreicht und noch einiges vor

SPD Weiterstadt wählt Bürgermeister Ralf Möller zu ihrem Kandidaten

Die SPD Weiterstadt setzt auf bewährte Kontinuität. Mit 92 Prozent der abgegebenen Stimmen wählten die Sozialdemokraten auf ihrer Mitgliederversammlung Bürgermeister Ralf Möller zu ihrem Bürgermeisterkandidaten. Die Bürgermeisterdirektwahl wird am 28.9.2025 stattfinden.

Der Bürgermeister gab den SPD-Mitgliedern einen ausführlichen Rückblick darüber, was er in seiner bisherigen Amtszeit seit Januar 2014 bereits erreichen konnte. Hierzu zählen insbesondere zahlreiche Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Unter der Führung des Bürgermeisters konnten auch Krisensituationen vor Ort gut gemeistert werden, beispielsweise die Corona-Pandemie. Weitere Herausforderungen waren und sind der Ukraine-Krieg und dessen Folgen, Starkregenereignisse aufgrund des Klimawandels sowie die aktuellen Gewerbesteuerzurückzahlungen. Gegen künftige Starkregenereignisse seien wichtige Vorsorgemaßnahmen bereits umgesetzt worden. Weiterstadt leiste seinen Beitrag für den Umwelt- und Klimaschutz, der vor Ort in den Kommunen beginne.

Der SPD-Kandidat blickte in seiner Rede



auch nach vorne. So ist Ralf Möller wichtig, dass die Sanierung des Feuerwehrgerätehauses und des Bauhofs in Weiterstadt möglichst schnell erfolgreich abgeschlossen wird. Dies sei für die Kameraden, die Bauhofmitarbeiter und auch für die Einwohner der Riedbahn sehr wichtig. Derzeit nutzt der Bauhof während der Sanierung den Bürgertreff, der dann nach dem erfolgreichen Projektabschluss wieder ohne Einschränkungen von den Bürgern genutzt werden kann. Mit der gerade erst erfolgten Aufnahme der Riedbahn in das Projekt „Sozialer Zusammenhalt“ sei für den Stadtteil zudem eine sehr gute Zukunftsperspektive eröffnet worden. Soziale Projekte und städtebauliche Maßnah-

men werden fortan großzügig gefördert. Die SPD-Fraktion hatte eine Bewerbung für das Projekt "Sozialer Zusammenhalt" beantragt. Zwei weitere wichtige Ziele betreffen den Ortskern von Gräfenhausen. So müsse das Ohlystift unbedingt als Einrichtung für Seniorinnen und Senioren erhalten bleiben. Ebenfalls werde die Alte Schlossschule als stilprägendes Gebäude bewahrt, hier entsteht derzeit eine moderne Kita. "Wir haben viel erreicht, aber es bleibt Wichtiges zu tun. Daher möchte ich gerne meine Arbeit im Rathaus fortsetzen", so der Bürgermeister. Von der SPD Weiterstadt bekam Ralf Möller für seine erfolgreiche Bilanz und sein attraktives Zukunftsprogramm dann auch großen Rückhalt.

Wie die Merz-CDU Wähler für dumm verkaufen will

Die CDU unter Merkel hat die meisten Probleme im Land verursacht - Ein Kommentar von Benjamin Gürkan

Wer sich in diesen Tagen die Plakate und Kampagne der Bundes-CDU und ihres Kanzlerkandidaten Friedrich Merz anschaut und ein politisches Langzeitgedächtnis von mehr als zehn Jahren hat, muss sich verwundert die Augen reiben. Die Sprüche auf den Plakaten lassen den Eindruck zu, als ob die an der FDP zerbrochene Ampel-Regierung jahrezehntelang durchregiert hat.

16 Jahre Merkel haben mehr Spuren hinterlassen als 3 Jahre Ampel!

Dumm nur für die CDU, dass 16 Jahre davor Angela Merkel das Land regierte und Deutschland in vielen Punkten einen Bärendienst erwiesen hat. Die Union opferte mit ihrem Fetisch zur schwarzen Null die Substanz des Landes. Brücken, Straßen, Bahn, digitale Infrastruktur, Schulen usw. bröckeln im wahrsten Sinne des Wortes auseinander. Statt in der damaligen Nullzinsphase kräftig zu investieren und für das nächste Wirtschaftswachstum zu sorgen, hat Merkel das Land mit schläfrigem Biedermeiertum überzogen und nur verwaltet. Der Aufschrei kam erst, als die Ampel überambitioniert begann, die verschleppten Probleme anzupacken.

Wachstum trotz Mindestlohn!

Jahrelang stemmten sich CDU und FDP gegen einen Mindestlohn und krakeelten laut, dass die Wirtschaft abstürzen würde, obwohl in ganz Europa Mindestlöhne gang und gäbe sind. Erst als die SPD einen Mindestlohn zur Bedingung einer Großen Koalition machte, lenkten Merkel und die Union ein und trotz aller Unkenrufe florierte die Wirtschaft!



Ohne Merkel keine AfD!

Das wohl schlimmste Vermächtnis von Merkel ist aber die Gründung und der Aufstieg der rechtspopulistischen AfD. Merkel war Namensgeberin und Geburtshelferin der AfD. Das ehemalige CDU-Mitglied Bernd Lucke gründete die AfD 2013 wegen der damaligen Eurorettungspolitik Merkels und ihrer Aussage, dass es zu ihrer Politik keine Alternative gäbe. Lucke wollte ein Zeichen gegen Merkel setzen und benannte die Partei genau deshalb als "Alternative für Deutschland". Hinzu kommt Merkels ideologische Flexibilität. Sie hat die einstmals konservative CDU hart geschliffen, nach links gerückt und damit auf der rechten Flanke Platz für die AfD geschaffen. Statt für konservative Politik zu stehen, machte sie teilweise sozialdemokratische Politik, verwischte die Grenzen in der Mitte und kastrierte damit CDU und SPD gleichermaßen. Die AfD war in Umfragen schon wieder am Sinken, da sorgte die Pastorentochter Merkel in einem seltenen Akt der Barmherzigkeit im Jahr 2015 für einen unkontrollierten Zuzug von Flüchtlingen. Sie

düpierte damit die europäischen Partner und bescherte der AfD massiven Zulauf, der bis heute anhält. Ihr berühmter Ausspruch "Wir schaffen das" ist inzwischen mehr Konjunkturprogramm für Rechtspopulisten als Ausdruck von Zuversicht.

Zurück in die Vergangenheit - vielleicht mit Hilfe der AfD!?

Kein Wunder also, dass ein politisches Auslaufmodell wie Merz als neuer Heilsbringer in der CDU gefeiert wurde. Doch auch Merz kann die lange Liste der verfehlten Politik Merkels nicht rückgängig machen. Das vergisst die schlafwandeln-de CDU allzu gern und möchte mit einer Mischung aus Konzepten von vorgestern, peinlicher Rhetorik und einer kollektiven Gedächtnislücke die Wähler für dumm verkaufen. Darüber hinaus hat Merz inzwischen auch deutlich gemacht, dass er unter Umständen sehr wohl dazu bereit ist, mit der AfD gemeinsame Sache zu machen, was Wendehals Merz vor Kurzem noch kategorisch ausschloss. Hoffentlich bleibt uns ein Kanzler Friedrich Merz erspart.

Grundsteuerreform sorgt für Frust und Freude

Seit Januar 2025 gilt die neue Grundsteuer auch in Weiterstadt - einige zahlen weniger, manche mehr

Alle Grundstückseigentümer Weiterstadts bekamen Anfang des Jahres den neuen Grundsteuerbescheid. Manche konnten sich freuen, da der Betrag sank, andere ärgerten sich womöglich, weil der Betrag stieg. Es gab aber keine Steuererhöhung, wie oft behauptet wird, sondern eine Reform. Die Reform der Grundsteuer war notwendig, weil das Bundesverfassungsgericht die alte Regelung kippte und somit eine neue entwickelt werden musste.

Denn warum kostete ein Neubau mit 160 m² rund 800 Euro Grundsteuer jährlich, während der sanierte Altbau aus den 1960er Jahren mit ebenfalls 160 m² in der gleichen Straße mit nur 400 Euro zu

Buche schlug? Grund für diese Ungerechtigkeit waren alte Bewertungsmaßstäbe, die trotz Wertsteigerungen jahrzehntelang nicht neu bewertet wurden.

Ziel der Grundsteuerreform war, die Beträge anzugleichen, um für mehr Gerechtigkeit unter den Gebäudebesitzern zu sorgen. Das Finanzamt bewertete das Grundstück nach der neuen Bewertungsformel und verschickte einen Bescheid mit dem neuen Grundsteuermessbetrag. Auf dieser Grundlage und dem Steuerhebesatz der Stadt wurde nun der jeweilige Grundsteuerbetrag ausgerechnet (Grundsteuermessbetrag mal Grundsteuerhebesatz ist gleich Betrag in Euro). Durch die

neuen Grundsteuermessbeträge der jeweiligen Grundstücke musste der Hebesatz angepasst werden, damit das Steueraufkommen für die Stadt genauso hoch ist wie vorher (Aufkommensneutralität). Die Stadt ist hier der Berechnung des Landes Hessen gefolgt. D.h. der Hebesatz wurde nicht erhöht, sondern im Bezug auf die neuen (!) Grundsteuermessbeträge angeglichen. Die Änderung kommt also nicht durch den Hebesatz, sondern durch den Grundsteuermessbetrag. Wer jetzt weniger zahlt, hat all die Jahre zuviel gezahlt und wer jetzt mehr zahlt, hat die Jahre zu vor zu wenig bezahlt.

Weitere Infos: www.spd-weiterstadt.de